

## Mit den Taliban reden - Afghanistan: Das westliche Regime weicht zurück

Von Ulrich Gellermann.

Auch nach dem verheerenden Angriff der US-Luftwaffe auf ein Krankenhaus in Kundus geht das Bomben in Afghanistan täglich weiter. Es ist nur aus den deutschen Nachrichten verschwunden. Auch wird dort gern der Eindruck erweckt, dass US-Bomber immer nur drumherum bomben, um Städte und Dörfer, und dann nur feindliche Kämpfer treffen. Doch wichtiger sind in den deutschen Medien die afghanischen Flüchtlinge geworden. Der Innenminister will Afghanen abschieben, von 7.000 ist die Rede. Unter ihnen sind viele, die mit den fremden Truppen in Afghanistan zusammengearbeitet haben. Zumindest sie sind vom Tod bedroht. Und während offizielle Verlautbarungen noch von der Freiheit nachhallen, die in Afghanistan angeblich verteidigt wird, siegt in Deutschland der Pragmatismus: Gestern noch Verbündete, sind die Afghanen jetzt eher lästig.

Ein Vergleich deutscher Politik gegenüber Syrien und Afghanistan lohnt sich. Anders, als die Redaktionen der permanenten Selbstzensur ihre Konsumenten glauben machen wollen, ist Afghanistan ein islamischer Gottesstaat: „Afghanistan ist eine islamische Republik“, sagt Artikel 1 der Verfassung. Gottesstaat? Den dröhnenden Begriff hatten die Medien doch lange ausschließlich für den Iran reserviert. In Syrien, wo die deutschen Tornados gegen deutsches und internationales Recht ihre Daten für das Bomben sammeln, steht in der Verfassung des „Regimes“ zur Religion: „Der Staat respektiert alle Religionen und garantiert die freie Ausübung aller Riten, sofern sie nicht die öffentliche Ordnung stören.“ Aber das eine ist eben „unser“ Regime, das andere nicht. So einfach kann Politik sein. So einfach werden seit Jahr und Tag, im Gefolge amerikanischer Herrschaftswünsche, Länder zerstört und Flüchtlinge hergestellt.

Afghanistan, weiß der deutsche Innenminister zu erzählen, sei zwar kein „sicheres Herkunftsland“, aber es gäbe da und dort „sichere Gebiete“. Da sollten dann die aus Deutschland Abgeschobenen hin. Wo die von Herrn de Maizière herbei gebetete Sicherheit kommen mag, weiß jedenfalls nicht die UN, die erst jüngst eine steigende Zahl von zivilen Opfern in Afghanistan beklagt – nicht wenige von den „ausländischen Verbündeten“ der aktuellen Regierung verursacht. Mehr als 2,5 Millionen Afghanen sind auf der Flucht. Sie fliehen vor einem Krieg, der unter der verlogenen Behauptung des Kampfes gegen den Terror nur neuen Terror zur Folge hatte. Ein Krieg der andauert: Die Taliban, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ jüngst, „verbuchen in nahezu allen Landesteilen Geländegewinne“. Und während die bewaffnete Opposition in Syrien seit mehr als vier Jahren ein beliebter Gesprächspartner deutscher Berater ist, wird die bewaffnete Opposition in Afghanistan von der deutschen Diplomatie ignoriert.

Niemand hatte die ausländischen Truppen damals eingeladen, als der US-Präsident Rache für die Attentate des 9/11 nehmen wollte. Aber nach dem offenkundig erfolglosen militärischen Versuch,

ein anderes, dem Westen geneigtes System in Afghanistan zu installieren, wäre es ein Gebot der Menschlichkeit, seinen Partnern bei diesem fragwürdigen Geschäft einen sicheren Fluchtort anzubieten. Und es wäre ein Gebot der Vernunft, mit den Taliban zu reden, um eine friedliche Lösung für den Krieg zu suchen. Von beidem weiß die deutsche Regierung wenig. Menschlichkeit wird gern auf dem Markt der Meinungen ausgerufen, wenn Kriege eine öffentliche Begründung verlangen. Und Vernunft? Wer an der Seite der USA den Krieg als neue deutsche Verantwortung begreift, hat Vernunft und Verstand längst verloren. Wer diese eigentlichen Voraussetzungen für eine eigenständige Politik wiederfinden will, für den kann ein Gespräch mit den Taliban kein Tabu sein.

Quellen: <http://www.rationalgalerie.de/home/mit-den-taliban-reden.html>

*Danke an den Autor für das Recht der Zweitverwertung.*

*Dieser Text erschien zuerst in der [Rationalgalerie.de](http://www.rationalgalerie.de).*

*KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*